

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 28 .: 29. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 9. Juli 1915

Inhalt. Beitragsleistung. — Gegen die Sonder-
blüdelei. — Ein offenes Wort an die Fabrikanten der
Lederverwarendindustrie. — Der Wert der Konsumgenossen-
schaften. — Vom guten Leben der Arbeiterinnen und Arbeiter-
frauen. — Feldpostbrief. — Korrespondenzen. — Aus anderen
Organisationen. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. —
Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

**Für die Woche vom 11. bis 17. Juli ist
der 29. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem
Verbande gegenüber durch pünktliche Beitrags-
leistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle
der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus
Verbandsmitteln.**

Gegen die Sonderblüdelei.

Die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften
ist es, alles aufzubieten, um die soziale Lage
der Arbeiter und Arbeiterinnen zu verbessern
und ihnen die wirtschaftlichen Freiheiten zu
bringen, die ihnen eine erfolgreiche Mitarbeit
am Gesamtwohl der Allgemeinheit ermöglichen.
Als Mittel zum Zweck gelten einestheils plan-
mäßig vorbereitete Lohnbewegungen, andern-
theils Geltendmachung ihres Einflusses auf die
Ausgestaltung der Gesetzgebung. In den Par-
lamenten haben die Gewerkschaften der sozial-
demokratischen Partei ihre Interessenvertretung
erfolgreich anvertraut. Dies ist auch der
Grund, warum die Gewerkschaftler sich stets für
die Einheit innerhalb der sozialdemokratischen
Partei ins Zeug legen und dabei von dem ver-
nünftig denkenden Teil der Arbeiterschaft unter-
stützt wurden.

Es gehört nicht zu den Gepflogenheiten
der Gewerkschaftspresse, sich in den Meinungs-
streit innerhalb der sozialdemokratischen Partei
zu mischen. Sie ist bis jetzt über die alljährlich
vor den Parteitagungen angebrohten und von
den bürgerlichen Parteien sehlichst herbei-
gewünschten Spaltungen ohne unser Zutun
hinzugekommen. Stets hat die dringende
Notwendigkeit, den Feinden der modernen Ar-
beiterbewegung als geschlossenes Ganzes gegen-
überzutreten, den „Sieg“ über den Streit der
„Alten“ und „Jungen“, der Radikaler und
Revisioisten, davongetragen. Mit Silber-
stechereien haben sich nur die Kreise der Partei-
talnudisten beschäftigt, die große Masse blieb
davon unberührt oder hat sich wenig darum ge-
kümmert. Noch so heiß erregte Gemüter sind
bald zur Ruhe gekommen, weil für ihre An-
sichten der Resonanzboden fehlte. Doch der
Krieg bzw. die von uns gebilligte Haltung des
Partei Vorstandes und der Reichstagsfraktion wäh-
rend des Weltkrieges hat einigen Kapitols-
wächtern Gelegenheit gegeben, ihren Warnruf
ertönen zu lassen. Sie nügten den kriegsfeind-
lichen Standpunkt der Arbeiterklasse aus, um
mit nicht einwandfreien Mitteln die breite
Masse zu den unsinnigsten Schritten zu ver-
leiten. Verursene und unbesene Führer

kommen in Geheimkonventikeln zusammen,
schreiben Flugblätter, stellen Programme auf
und verleiten naive, aber gutnütige Menschen,
mit ihrer Person für den Inhalt und seine Ver-
breitung einzustehen. Ist solches Gebahren an
sich schon verwerflich, so hat es noch eine andere
weit größere Bedeutung. Mit dem Hinweis
auf die geistigen Vorkämpfer und Lehrmeister
der Sozialdemokratie wird die Taktik des
Partei Vorstandes und der Reichstagsfraktion in
einer unverantwortlichen Weise gemißbilligt.
Die Gewerkschaftsführer werden verdächtigt,
nur aus Rücksicht auf ihre Stellung die Arbeiter
von ihrem revolutionären Standpunkt abzu-
bringen. Ja, man versteigt sich zu der Be-
hauptung, Organisationen haben keinen Wert,
wenn man nicht wagt, ihre Existenz aufs Spiel
zu setzen. Mit einem Worte gesagt, nichts wird
verschmäht, um Mißtrauen, Uneinigkeit und
Verfahrenheit unter die Masse zu bringen, wo
gerade Einigkeit und Geschlossenheit nötiger
denn je ist. An solchen Vorurteilen, die auch
die Grundmannern der Gewerkschaften berühren,
darf ein Gewerkschaftsblatt nicht unbeachtet vor-
übergehen, will es nicht den Vorwurf der
Pflichtvergessenheit auf sich laden.

Solidarische Disziplin war von jeher ein
Grundpfeiler der Arbeiterorganisationen und
soll es auch in Zukunft bleiben. Sie zu üben,
ist nicht nur Pflicht jedes Mitgliedes, sondern
auch die der Funktionäre, bis hinauf zu dem
ersten Vorsitzenden. Ja, von ihnen wird sie in
erster Linie verlangt, sie sollen vorbildlich
wirken. Wer sich über diese Pflicht hinwegsetzt,
hat sich seines Führer- und Vertrauenspostens
von selbst enthoben. Aus diesen Gründen haben
wir stets in unabweislichen Worten unserer
Mißbilligung Ausdruck verliehen, wenn der
eine oder andere glaube, eine Extratour tanzen
zu dürfen, weil er durch den Willen der Masse
auf einen verantwortungsvollen Posten gestellt
worden ist.

Nichts liegt uns ferner, als einen Mei-
nungsaustausch unterbinden zu wollen, aber
Majoritätsbeschlüsse müssen beachtet werden,
ihnen muß sich jeder fügen, solange er das
Recht für sich beansprucht, innerhalb des ge-
setzten Rahmens Schulter an Schulter zu
kämpfen.

Vom Standpunkte eines Gewerkschafts-
blattes würden wir nur die prinzipielle
Seite, ohne uns auf die Meinungsverschieden-
heiten unter den Führern der sozialdemokrati-
schen Partei einzulassen, die unseren Lesern aus
der Tagespresse genügend bekannt sind. Wir
möchten nur unsere Kollegen warnen, diesen
Streit in Gewerkschaftsversammlungen aus-
tragen zu wollen.

Wer Mitglied der sozialdemokratischen
Partei ist, Zeit und Lust dazu hat, möge seine
Pflicht in den politischen Versammlungen er-
füllen, vor allem das Seine dazu beitragen,
daß die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei

im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung
erhalten bleibt. Sollten wider Erwarten die
Parteiführer vorübergehend die Oberhand
gewinnen, so wird die Gewerkschaftsbewegung
stark und einflußreich genug sein, um die Auf-
gaben zu lösen, die im Interesse der gesamten
Arbeiterklasse liegen.

Ein Beispiel, wie die Manövriere an der
Arbeit sind, die Parteieinheit zu untergraben,
bietet ein gedrucktes Flugblatt, welches uns,
wie allen anderen Gewerkschafts- und Partei-
zeitungen mit der Zustimmung zugefandt wurde,
wir möchten es zum Abdruck bringen, obgleich
der oder die Verfasser wissen mußten, daß da-
mit das weitere Erscheinen der Zeitungen in
Frage gestellt ist. Sowohl die Tendenz als auch
in zweiter Linie die Zensurverhältnisse verboten
uns, von dem eigenartigen Anerbieten Gebrauch
zu machen.

Das „Correspondenzblatt der General-
kommission der Gewerkschaften“ wendet sich mit
folgenden Artikel gegen das Flugblatt:

„Ein „Mit Parteigruß“ schließendes, mit 179
Namen unterzeichnetes Schriftstück „An den Vorstand
der sozialdemokratischen Partei Deutschlands! An
den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstags-
fraktion!“ ist in den letzten Tagen an die Gewerkschafts-
presse, die Gewerkschaftstabelle und an Funk-
tionäre der Gewerkschaften verandt worden. In
dem Begleitschreiben an die Gewerkschaftspresse so
auch an das „Correspondenzblatt“ der Generalkom-
mission wird um Abdruck, in dem an die Gewerkschafts-
funktionäre um Mitunterzeichnung der Kund-
gebung gebeten, die, nach Form und Inhalt zu ur-
teilen, von einer sehr phantastischen Verabredung des
Verfassers zeugt. Wir können, da wohl kaum die
Redaktion eines Gewerkschaftsblattes, die sich ihrer
Verpflichtungen bewußt ist, das Schriftstück ver-
öffentlichen, noch ein ernst zu nehmender Gewerkschafts-
funktionär es unterzeichnen wird, diesen Ver-
such, die Gewerkschaften in den Parteistreit hinein-
zuziehen, als erledigt gelten lassen. Die ganze Art
der Aufmachung dieser Kundgebung nötigt uns jedoch
zu einer Stellungnahme.“

Diejenigen, welche das Schriftstück verantwort-
lich zeichnen, setzen neben Namen und Wohnort alle
möglichen Titel. Wir finden da u. a. einen A. K. ...
aus S.: „1. Vorsitzender des Wahlvereins, 1. Vor-
sitzender des Bildungsausschusses, Gemeindevertre-
ter“. Die Titelfucht dieser sich radikal-revolutionär
gebärdenden Sozialdemokraten bietet dem Redakteur
eines Witzblattes dankbaren Stoff. Leider ist das
Schriftstück nicht zur Veröffentlichung in einem Witz-
blatt bestimmt. Die Titelbeigabe soll den Anschein
erwecken, als wäre eine gewaltige, gegen den Vor-
stand der sozialdemokratischen Partei und die sozial-
demokratische Reichstagsfraktion gerichtete Bewegung
in der Arbeiterschaft Deutschlands vorhanden. Eine
Bewegung, die von der Redaktion des „Vorw.“ sich
bis zum „Revisor der Reichstabelle des Sozialarbeiter-

*) Von den Redakteuren dieses Blattes haben
neun das Schreiben mitunterzeichnet. Vielleicht sind
auch noch einige weitere dieser unvergleichlichen Zei-
genossen ohne Titelnennung im Schwarm der Unter-
zeichner verloren gegangen.

verbandes in B." erstreckt. Das ist, soweit die Gewerkschaften in Frage kommen, eine bewusste Zurückhaltung. Die Parteigenossen (es sind deren 20 unter 172), die ihrem Namen unter dem Handschreiben den Titel eines Gewerkschaftsfunktionäres hinzugefügt haben, sind nicht berechtigt, im Namen der Gewerkschaften oder des Verbandes, dem sie angehören, in nicht einmal im Namen des Organisationsausschusses, dessen Leitung ihnen anvertraut ist, zu sprechen. Es ist ein Mißbrauch des Parteimenus, wenn sie den Mitgliedern erwidern wollen, als würde die Organisation, aus deren Vertreter sie sich in dem Handschreiben bezeichnen, in der Sache hinter ihnen. Traurig wäre es um die Arbeiterchaft Deutschlands bestellt, wenn das jemals der Fall sein könnte.

Es handelt sich bei diesem Handschreiben nicht mehr um eine spontane Kundgebung, sondern um einen organisierten Sprengungsversuch der Einheit der deutschen Arbeiterorganisationen. Die Desorganisation soll herbeigeführt werden, weil die große Mehrheit der organisierten Arbeiterchaft sich dem Willen einer kleinen Minderheit nicht unterwerfen will.

Es wäre verhängnisvoll für die Zukunft der Arbeiterbewegung Deutschlands, wenn wir dies heute nicht offen aussprechen würden.

An dem Tage, an welchem nach Schätzung der Herausgeber des Handschreibens dieses in der Partei- und Gewerkschaftspressen veröffentlicht werden sollte, erschien in dem Leipziger Parteiblatt eine im gleichen Sinne gehaltene Kundgebung, in der die Masse der Parteigenossen aufgerufen wird, sich gegen die stets mit großer Mehrheit gefassten Beschlüsse der von ihnen eingeleiteten Körperlichkeiten zu wenden. Gezeichnet ist diese Kundgebung von dem Vorsitzenden des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sowie dem Redakteur des wissenschaftlichen Organs der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Durch diese Handlung von Genossen, denen die höchsten Ehrenämter in der Organisation in dem Vertrauen übertragen wurden, daß sie stets den Beschlüssen der Mehrheit Geltung verschaffen und dadurch die Einheit der Partei sichern würden, ist alles über den Haufen geworfen, was bisher in der Arbeiterbewegung Deutschlands als unantastbar galt.

Für die Gewerkschaften Deutschlands, die in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung sehen, wäre es ein großer Nachteil, wenn dieser organisierte Sprengungsversuch Erfolg haben sollte. Ob er sich dauernd bemerkbar machen würde und die Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Organisation darunter leiden könnte, wollen wir heute nicht untersuchen.

Jedenfalls müssen wir uns aber mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen wenden, denen das Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Organisation fehlt und die es für geraten halten, den Parteifreien in die Gewerkschaftsorganisationen zu tragen. Wenn man schon die Wirkung des politischen Kampfes durch Tesorganisierung der Partei herabmindern will, so möge man wenigstens die Gewerkschaften mit diesem Treiben verschonen. Die Gewerkschaften werden nach Beendigung des Krieges die äußerste Kraft zur Umdeutung der eintretenden Not einbringen müssen und der geschlossenen Organisation bedürfen, um die schweren wirtschaftlichen Kämpfe in dieser kritischen Zeit zu führen.

Wir erwarten von den Gewerkschaftsvertretern, welche die Erfüllung ihrer Aufgaben ernst nehmen, daß sie alles daran setzen werden, die Geschlossenheit in der Gewerkschaftsbewegung nach wie vor zu erhalten."

Ein offenes Wort an die Fabrikanten der Lederwaren-Industrie.

Wie bekannt, haben die Arbeitgeber der Lederwarenindustrie nicht besonders erhebendes Beispiel ihres sozialen Verständnisses geliefert. Als die Verbandsleitung an sie herantrat und sie ersuchte, ihren Arbeitern eine Teuerungszulage zu gewähren, da haben sie ausweichend geantwortet. Dabei war bekannt, daß sie den Lederhändlern gepfefferte Preis-erhöhungen anstandslos bezahlt und auch selbst ihre Verkaufspreise erhöht hatten.

Es kann daher nichts schaden, wenn man diesen Herren einmal gründlich ins Sozialempfindende Gemissen redet, wenn man ihnen zeigt, welche Wege andere Unternehmer gehen und endlich nachweist, wie sich die spärlichen Herren selbst ins eigene Fleisch schneiden können, wenn sie bei ihrer Weigerung bleiben.

Tatsächlich gehen die Arbeitgeber der Lederwarenbranche nicht Hand in Hand mit ihren fortgeschrittenen Kollegen. Ueberall sieht man, daß die Unternehmer Teuerungszulagen gewährt haben. So meldet das "Reichsarbeitsblatt", daß die Brau- und Bierwerke Mitteldeutschlands und der Niederlaufst-

sofche Zulagen gewährt haben. Ferner gibt der "Vorwärts" bekannt, daß die Brauereien Berlins mit wenigen Ausnahmen ihren Arbeitsträften 10 Mk. pro Monat mehr zahlen. Auch der Transportarbeiterverband kann die erfreuliche Tatsache berichten, daß allein in Berlin 277 Unternehmungen an zirka 18 000 Arbeiter 4 000 Mk. pro Woche für diesen Zweck mehr gewährt. Das macht pro Woche für den einzelnen Arbeiter 2,90 Mk. mehr.

Dieses Entgegenkommen zeigen nicht nur solche Firmen, denen es jetzt noch ganz gut geht oder die, wie die Militäreffektenbetriebe, ihr Schicksal ins Trockene bringen, sondern auch solche, die schlechter abzuweichen. Ein Beispiel dafür bietet die allen Beteiligten bekannte Zigarettenfirma "Jofetti". Trotzdem sie nicht an Kriegslieferungen beteiligt war, trotzdem sie sogar einen schweren Konkurrenzkampf gegen die trübseligen Firmen führen mußte, ließ sie es doch ihren Arbeitern nicht ergehen, sondern gab ihnen einen Zuschuß von 5 Proz. ihres Lohnes. Ein nicht minder nachahmenswertes Beispiel bietet auch die "Aerie" Schuhbindereimung zu Hamburg. Als der Schuhbinderverband sie um eine Teuerungszulage ersuchte, da stellte sich der Vorstand dieser Innung auf einen Standpunkt, den wir auch unseren Unternehmern wünschen. Er schrieb nämlich an seine Mitglieder, wie sie ein Entgegenkommen ihrer Auftraggeber erwarten, so sollten sie in gleicher Weise berechtigten Erwartungen entsprechen, im Vertrauen darauf, daß in diesen schweren Zeiten alle Berufshände sich die Hand reichen, einander nach Kräften zu helfen und zu fördern". Dabei stellte er sich auf den auch sehr empfehlenswerten Standpunkt, daß die gleiche Berechtigung, die sie für sich in Anspruch nehmen (nämlich jetzt ihre Preise zu erhöhen, weil die Preise der Rohmaterialien steigen), auch ihren Arbeitern zusteht". Die Herren Fabrikanten der Lederwarenbranche aber sträuben sich dagegen, trotzdem auch sie ihre Preise erhöht haben. Würde man ihnen zumuten, daß sie die Preissteigerung des Leders aus ihrer Tasche zahlen sollten, so würden sie ganz entrüstet fragen: "Wir kommen wir dazu, etwas zu verschenken; wer schenkt uns etwas?" Und Arbeitern aber muten sie zu, zu den alten Preisen zu arbeiten, trotzdem in ganz Deutschland die Lebensmittelpreise gewaltig gestiegen sind. Denn es ist eine Preissteigerung, eine ganz enorme Preissteigerung, wenn im Juli 1914 die Inderzahl für die Ernährung einer vierköpfigen Familie noch rund 25 Mk. betrug und im März 1915 schon auf 92,90 Mk. gestiegen ist. Beträgt ja doch die Steigerung fast 8 Mk. Dabei ist diese unglückselige Steigerung an einigen Orten noch beträchtlich höher. In Berlin beträgt sie rund 37 Proz. Das ist auch kein Wunder, wenn beispielsweise das Brot noch im Juli pro Kilogramm auf 28 Pf. stand und schon im März mit 47 Pf. bezahlt werden mußte. Jeder Unbefangene muß einsehen, daß das eine ganz gewaltige Erhöhung besonders für den Arbeiter mit seinem knappen Einkommen ist. Ist doch unser aller Einkommen in Friedenszeiten nicht so glänzend gewesen, daß wir jenseitig auf die berühmte "hohe Kante" legen konnten, um die Mehrkosten zu decken, die diese Preissteigerungen der Kriegszeit ausmachen. Was liegt näher, als daß wir für unsere Ware Arbeitskraft mehr verlangen? Und was ist gerechter und vernünftiger, als daß unsere Arbeitgeber unsere Wünsche erfüllen? Begründen sie doch ihre Preis-erhöhungen einzig und allein damit, daß auch ihre Ware jetzt mehr kostet. Noch mehr aber müßten sie sich dazu verpflichten fühlen, weil sie uns gegenüber immer stark betont haben, daß sie für unsere Lage ein soziales Verständnis haben.

Aber noch eine andere Erwägung sollte die Fabrikanten der Lederwarenbranche dazu treiben, in puncto "Teuerungszulagen" nicht so knauserig zu sein. Wir können erwarten, daß nach dem Kriege auch für diese Industrie ein schwerer Konkurrenzkampf losbrechen wird. Nun hängt aber die Konkurrenzfähigkeit derselben in erster Linie von der Geschäftlichkeit ihrer Arbeiter ab. Hat sie Arbeitsträfte, die ein gutes, ansehnliches Portemonnaie, eine sauber und dauerhaft gearbeitete Tasche herstellen können, so wird sie viel mehr Aussicht haben, im Konkurrenz-kampf zu bestehen, als wenn sie minder gute Ware oder Schund von neugelernten Branchenfremden oder minder geschulten Arbeitsträften bekommt. Deshalb muß ihnen daran liegen, jetzt ihre Arbeitsträfte zu halten. Gerade jetzt aber ist die Gefahr groß, daß diese so wertvollen Kräfte ihnen verloren gehen. Der Portefeulien- der Taschen- der Koffer- macher hat gelernt, seine Arbeitskraft teuer zu verwerthen. Als bei Kriegsbeginn sein Unternehmer seine Fabrik jählos, ist er in die Sattlerei, in die Metallwarenfabrik gegangen, hat dort Nähen, Gravieren und anderes gelernt, zugleich aber auch gute Löhne bekommen. Kann man es ihm verdenken, wenn er jetzt nicht mehr zu den alten Löhnen arbeiten will? Denn jetzt fehlen vielfach die Arbeitsträfte in anderen Industrien, jetzt kann der geschickte, der ansehnliche Arbeiter auch in Branchen

hinein, die sonst keine brancheneigenden Leute annehmen. So läuft unsere Industrie Gefahr, daß gerade die Echtigsten, die Frauendamen unfaßlich, um in anderen Branchen mehr zu verdienen. Deshalb kann es den Portefeulien- und Taschenfabrikanten so gehen, wie es jetzt nach dem "Reichsarbeitsblatt" den Dachpappenfabrikanten im Osten und den Geschäftsbücherfabrikanten geht, denn die Dachpappenunternehmer sehen ihre Arbeiter zu dem Tischbaunternehmer ziehen, weil dieser mehr bezahlt und die Geschäftsbücherfabrikanten mühten sich nicht ihren ungelerten Arbeitsträften mit einer Lohnerhöhung entgegenzukommen, um sie nicht zu verlieren. Da ist es doch schon viel ratzamer, den Weg zu beschreiten, den die Unternehmer der Transportbranche einschlugen. Sie warteten nicht ab, bis ihre Arbeitsträfte den Staub ihrer Betriebe von den Schultern geschüttelt hatten. Nein, als der Transportarbeiterverband an sie herantrat und um eine Teuerungszulage ersuchte, da griffen die flugen Herren in die Tasche und zahlten.

Dies Beispiel sollte auch den Unternehmern der Lederwarenbranche zu denken geben. Sie wissen, daß die Teuerung besonders die Arbeiter stark in Mitleidenschaft zieht. Sie haben selbst bei den verschiedensten Anlässen betont, daß sie ein Herz für die Arbeiter haben und ihren berechtigten Wünschen gern entgegenkommen. Sie sollten deshalb um so eher geneigt sein, nicht knauserig den Daumen auf den Preis zu halten, sondern wie andere Unternehmergruppen auch gerne die verlangte Teuerungszulage gewähren.

Vor allem aber sollen sie daran denken, daß ihre Arbeiter nicht mit ihnen verheiratet sind, daß gerade jetzt für tüchtige Arbeiter eine feine Gelegenheit ist, den schlechtbezahlten Beruf mit einem besser bezahlten zu vertauschen, und daß dadurch ihre Konkurrenzfähigkeit einen ganz gewaltigen Stoß bekommen könnte. Wenn sie sich das vor Augen halten, müssen die Herren Unternehmer auch den berechtigten Wunsch der Arbeiter erfüllen: Her mit einer ausreichenden Teuerungszulage.

Ernst Kreplin.

Der Wert der Konsumgenossenschaften.

Der große Umwerter aller Werte, der Krieg, hat eine Institution in den Vordergrund des Interesses gestellt, die bis jetzt in Deutschland ein rechtliches Nichtsputtelbäumlein führte. Wir wissen alle, welche schweren Stand die Konsumvereinsbewegung seither bei uns hatte, wie sie im Gegensatz zu der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung von oben herab nicht nur keine Anerkennung und Förderung ihrer Interessen erfuhr, sondern sogar dauernd gegen Unterdrückung und Schikanierungen oft kleinlicher Art zu kämpfen hatte. Erblickte man doch in gewissen Kreisen in den Konsumvereinen die Vernichter des "staatszerstörerischen" Zwischenhandels, und ihre enge Personalunion mit der Sozialdemokratie, die sich daraus ergab, daß beide Bewegungen die Mehrzahl ihrer Anhänger aus denselben Bevölkerungsschichten rekrutierten, diente auch nicht dazu, sie in jenen Kreisen beliebter zu machen.

Nun hat die große wirtschaftliche und moralische Kraftprobe, vor die der Krieg unser Volk gestellt hat, das für viele wohl überraschende Ergebnis gezeitigt: während der so verhängnisvolle Zwischenhandel und das ihm zugrunde liegende Prinzip der freien Konkurrenz gegenüber dem furchtbaren Ermit der Situation völlig versagt haben, indem seine Vertreter, besonders in der ersten Zeit nach Kriegsausbruch, die Panik des Publikums zu einer geradezu wüsterischen Emporschraubung der Preise benutzten, die vielerorts behördliches Eingreifen notwendig machte, haben die Konsumvereine eine im besten Sinne gesellschafts- und staatsverhaltende Rolle gespielt. Sie haben ihre Mitglieder zur Besonnenheit ermahnt, sie von unvernünftigen Masseneinkäufen zurückgehalten und sie haben vor allem durch ihr möglichst langes Festhalten an den normalen Preisen den ermähnten Preistreibern einen vielleicht noch festeren Damm entgegengestellt, als dies selbst die Festsetzung von Höchstpreisen, die sich immer nur auf gewisse Artikel beschränken konnte, vermochte. Sie haben durch diese und eine Reihe anderer Maßnahmen (Auszahlung der Spargelbe, Dividendenverteilung) viel dazu beigetragen, daß unser Wirtschaftsleben nach seinem ersten Ansturm sehr bald wieder in ruhige Bahnen einlenkte. Mit ihrer Kraft und finanziell gut fundierten Einkaufsorganisation sind sie vielfach imstande gewesen, übertriebenen Forderungen der Großhändler und Produzenten entgegenzutreten, denen gegenüber der zersplitterte und auf Kredit angewiesene Kleinhändler machtlos war, und über die durch auch weiterhin einen günstigen und regulierenden Einfluß auf die Marktlage und auf die Lebenshaltung des kleinen Mannes aus. Dazu kommen die von den meisten Konsumvereinen in die Wege

geleiteten Hilfsaktionen zugunsten notleidender Mitglieder, der Angehörigen der im Felde gefallenen Mitglieder oder notleidender Bevölkerungsteile überhaupt, und endlich die direkten Dienste, die die Konsumgenossenschaften der Landesverteidigung durch Uebernahme von Brot- und Fleischlieferungen an das Heer, durch zur Verfügungstellung ihrer Kaskantens zu Kriegszwecken usw. leisteten.

Alle diese Tatsachen konnten nicht verhindern, einen Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten der Konsumvereine hervorzurufen. Am prägnantesten drückt sich dieser Umschwung wohl in der jetzt fast durchweg durchgeführten Aufhebung des Verantwortschafts aus.

Auch sonst hat es den Konsumvereinen in letzter Zeit nicht an offizieller Anerkennung gefehlt. Wir erinnern an den Besuch, den die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden sowie die Präzidenten der parlamentarischen Körperschaften des Reichs und von Preußen am 14. November den Anlagen der Konsumgenossenschaft Berlin in Lichtenberg abstatuierten und bei dem Handelsminister Dr. Schöps, in dessen Reffort die Genossenschaft gewissermaßen fällt, der Bemerkung des Reichskanzlers warmen Ausdruck verlieh mit dem Wunsch, daß die Leistungen der Genossenschaft sich in Zukunft noch steigern möchten. Man darf diese Worte wohl als eine Gewähr dafür ansehen, daß nunmehr eine dauernde Weende in der offiziellen Behandlung der Konsumvereine eingetreten ist.

In der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung stellte der Bürgermeister Trabers dem dortigen Konsumverein das Zeugnis aus, daß er während der Krise außerordentlich gut gearbeitet habe und dank den großen Warenvorräten, die er allein am Platze gehabt habe, weiter zu den alten Preisen verkauft und dadurch die Händler gezwungen habe, mit ihren Preisen gleichfalls nicht in die Höhe zu gehen. In ähnlichem Sinne äußerte sich Oberbürgermeister Richter in Königsberg.

Und auch die Anerkennung der Wissenschaft bleibt nicht aus. Gewiß gab es auch schon vor dem Kriege einzelne Gelehrte (Professor Staubinger, Professor Wilsbrandt, Professor Franke), die warme Fürsprecher der Genossenschaftswesen waren, indem sie ein wertvolles Mittel zur Hebung der Lage der unterbemittelten Klassen sahen. Aber erst das ungeheure Erlebnis des Krieges mit seinen wirtschaftlichen Folgeerscheinungen hat hier, wenn auch vorläufig erst vereinzelt, zur Konzeption einer Wirtschaftsordnung geführt, deren leitendes Prinzip das der Solidarität und der Organisation sein wird, und in der naturgemäß auch den Genossenschaften eine außerordentlich wichtige Rolle zuzukommen wird. Sehr schön ist diese Auffassung zum Ausdruck gekommen in einem Vortrage, den der Münchener Professor Dr. Edgar Jaffe vor dem Volkswirtschaftlichen Verein in Bayern gehalten hat. Der wesentliche Teil seiner Ausführungen ist in einem Flugblatt zusammengefaßt worden, das von der „Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur“ unter dem Titel „Die neue Volkswirtschaft“ (Erlangen, Heimstätten; kostenfrei von dort zu beziehen!) herausgegeben wurde. Jaffe legt in diesem Vortrage dar, daß der Krieg, der an unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit die höchsten Anforderungen stellt, gezeigt habe, daß das auf der freien Konkurrenz, dem ungehinderten Spiel der Kräfte aufgebaute rein kapitalistische Wirtschaftssystem diesen Forderungen nicht genügt habe, daß wir vielmehr genötigt waren, um eine solche Höchstleistung zu vollbringen, uns all jener Formen und Bindungen zu bedienen, die eine Aufhebung des Prinzips der wirtschaftlichen Freiheit bedeuten. Diese Erfahrungen und Bemerkungen gelte es festzuhalten. Ohne die Leistungen des privaten Unternehmertums, dem er immer noch Pionierdienste zuweist, ganz auszuschalten, nimmt Jaffe doch an, daß sich die neue Volkswirtschaft nach dem Kriege immer mehr auf der Basis großer öffentlicher (staatlicher und kommunaler) und nichtöffentlicher (genossenschaftlicher) Gemeinschaften aufbauen werde. „Die alte absterbende Wirtschaftsordnung ging auf Gewinn aus — gegebenenfalls auch ohne Rücksicht auf Leistung; die neue, die heraufkommt, in der wir zum Teil schon mitten drin stehen, geht auf Leistung, notwendigerweise auch ohne Rücksicht auf Gewinn. Damit bedeutet ihr Kommen aber zugleich das Ende des kapitalistischen Wirtschaftssystems.“

Das alles ist nicht neu; unendlich oft ist schon von sozialistischer Seite auf diesen Neuorganisationsgedanken der Gesellschaft, der sich vor unseren Augen vollzieht, hingewiesen worden. Aber daß es von einer solchen Stelle aus und vor einer solchen Zuhörerschaft vorgetragen werden konnte, das ist immerhin eine Tatsache, die bemerkt zu werden verdient. Wie sehen aus alledem, daß der furchtbare Krieg, der so manches Ideal und manche Hoffnung auf lange hinaus vielleicht zertrümmert hat, auch aufbaut, und uns neue Hoffnungen und Siegesgewißheiten schenkt.

Vom guten Leben der Arbeiterinnen und Kriegerfrauen.

Zweifellos hat der Krieg für eine ganze Reihe Arbeiter und Arbeiterinnen bessere Verdienste gebracht, als vorher erreicht worden sind. Man denke z. B. an die Kriegslöhne in einigen Zweigen der Metallbranche und der Sattlerei. Ganz falsch aber ist es, zu glauben, daß alle in diesen Berufen beschäftigten Personen 150 Mk. und mehr pro Woche verdient haben, wie es vereinzelt einige Zeit in der Sattlerei vorgekommen ist.

Solche seltenen Erscheinungen erwecken natürlich das Interesse weiter Kreise, und so ist es zu erklären, daß man häufig der Ansicht begegne, die Arbeiter und Arbeiterinnen verdienen sämtlich in der Kriegszeit mehr als in Friedenszeiten.

Das ist nicht der Fall. Vor allen Dingen hatten die Arbeiterinnen nur selten Gelegenheit zu höherem Verdienst. Nicht alle Betriebe können für den Heeresbedarf arbeiten, wo meist bessere Löhne gezahlt werden, als sonst üblich sind. In vielen Betrieben war wenig oder gar nichts zu tun, und die Arbeiterinnen mußten aussehen oder sie wurden entlassen. Die Männer fanden eher wo anders Beschäftigung als die Frauen.

In Berlin gibt es heute noch ungeheuer viel Frauen und Mädchen, die sich bei anstrengender und fleißiger Arbeit mit Wochenverdiensten von 10 und 12 Mk. begnügen müssen, die schon in normalen Zeiten kein glänzendes Leben ermöglichten, bei der gegenwärtigen Teuerung aber gar nicht ausreichen wollen. Von den Hausangestellten arbeiten noch immer eine ganze Reihe bei verkürztem Lohn oder nur gegen Wohnung und Kost.

Wären die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterinnen wirklich so gute, wie man es häufig von außerhalb der Arbeiterklasse lebenden Leuten hört, es würden sich schwerlich Frauen finden, die zu billigen Lohn als Aufwärtinnen, Fensterputzerinnen, Milchtransportarbeiterinnen oder Straßenbahnschaffnerinnen (für 35 Pf. pro Stunde bei Wind und Wetter) ihre nicht leichte Arbeit verrichten.

Man sollte sich also hüten, Einzelerscheinungen auf die Verhältnisse der großen Masse zu übertragen und daraus Schlüsse zu ziehen, die mit der Wirklichkeit durchaus nicht übereinstimmen. Es ist an den guten Löhnen der Arbeiterinnen nämlich genau so viel und so wenig Wahres daran als an dem Geröde über die tugendhaften Kriegerfrauen. Immer wieder hört und sieht man auch davon. Es wäre inredlich, nicht zugeben zu wollen, daß es Kriegerfrauen gibt, die die Wirtschaft vernachlässigen und sich und die Kinder lieber mit billigen Studien jact machen, als sich der Mühe unterziehen, etwas Nahrhaftes zu kochen. Bilden diese Frauen aber wirklich die Mehrheit in der großen Zahl der Kriegerfrauen? Das muß ganz entschieden verneint werden.

Es gibt in jeder Gesellschaftsschicht unter den Männern und Frauen Leute, die es mit ihren Pflichten gegen sich und andere nicht ernst nehmen. Auch die Gruppe der Kriegerfrauen bildet natürlich keine Ausnahme. Außerdem aber sollte man bedenken, daß schwache Charaktere leicht mühsal und gleichgültig gegen alles werden, wenn Kummer und Sorgen auf sie drücken. Welche Kriegerfrau aber bleibt von diesen verschont?

Monatlang schon warten viele von ihnen in hanger Unruhe Tag und Nacht auf Nachricht von drangen, wo jede Minute Tod und Verderben für ihre Angehörigen bringen kann. Kommt dann ein Brief mit guter Nachricht, so bringt er zwar vorübergehend etwas Freude und Lebenshoffnung, gleichzeitig aber wieder die bange Frage nach dem augenblicklichen Schicksal. Nicht jeder Mensch ist in solchen Situationen so stark und innerlich gesund, in der Erfüllung ernster und schwerer Aufgaben Vergessen für diese Eindrücke zu suchen.

Das sollten alle bedenken, die selbst fern vom Schicksal über die „leichtsinnigen und gewissenlosen“ Kriegerfrauen den Stab brechen, vielleicht selber bei Auchen mit Schlagahne.

In bewegten Zeiten finden übertriebene Angaben leicht Gehör und Verbreitung. Man denke nur an die „ausgestochenen Augen“ und sonstigen Greuel, die in den ersten Kriegswochen so beliebte Gesprächsthemen bildeten. Den gleichen Wert hat das Geschrei über die gute Zeit der Arbeiterinnen und der Kriegerfrauen.

Versuchen wir, ehe wir urteilen und Einzelfälle verallgemeinern, diesen auf den Grund zu gehen, so werden wir einen Einblick gewinnen in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterinnen und des Leben der Kriegerfrauen und manchen Fingerzeig erhalten für unsere gegenwärtige und zukünftige gemeinsame Arbeit.

Feldpostbrief.

Meine Kollegen!

Sehr oft schon hatte ich mir vorgenommen, einmal ausführlich zu schreiben; an Stoff dazu hat es nicht gefehlt, meistens jedoch an Zeit und Gelegenheit. Unsere Nachrichten habe ich in letzter Zeit regelmäßig bekommen. Auch waren einzelne Berliner Kollegen so lebenswürdig, mich über wichtige Ereignisse auf dem Laufenden zu halten, so daß ich wohl so ziemlich über alles orientiert sein dürfte. In verschiedenen Abdrucken von Feldpostbriefen habe ich schon gelesen, wie die Kollegen im Felde des Lobes voll sind nicht allein über die Maßnahmen des Vorstandes betreffs der Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer, sondern auch über die Ergebnisse derselben. Wenn ich auch mit den Maßnahmen des Vorstandes im allgemeinen einverstanden bin, so aber doch nicht mit dem Ergebnis. Denn daß sich in schwerer Zeit wie diese, wo Tausende von Menschenleben tagtäglich auf dem Spiele stehen, noch solche eigenmächtige Kollegen finden, die nicht hilfsbereit und einmütig die Maßnahmen des Vorstandes tatkräftig unterstützen, hätte ich von unserer Kollegschaft nicht erwartet. Am stärksten kam dieses in dem Vorkriegsbericht zum Ausdruck; aber ich glaube, in den Berichten der anderen Ortsverteilungen hat man diese bescheidene Tatsache nicht genügend hervorgehoben und doch kann dieses nicht scharf genug beurteilt werden. Wenn alle diejenigen, die sich weigern, den geringen Beitrag zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer zu zahlen, nur probeweise hier nach russisch-Polen geschickt würden, ich glaube, nach einigen Tagen schon wären sie bereit, das Doppelte zu bezahlen, wenn sie dadurch wieder in die Heimat kommen könnten. Wir sehen aber wieder an derartigen Vorkommnissen, wie unendlich viel Aufklärungs- und Bildungsarbeit noch nötig ist, um auch den Leuten für unsere Ziele zu gewinnen, damit eine Besserung eintritt. Als alter Gewerkschaftler habe ich auch versucht, Einblicke in die Verhältnisse unseres Berufs in russisch-Polen zu bekommen. Im allgemeinen wird die Arbeit, technisch genommen, ziemlich primitiv hergestellt, nur in Plozk fand ich es besser. Geflehen werden in Friedenszeiten nur vereinzelt beschäftigt, und dann in Kost und Logis bei geringer Bezahlung. Was uns am meisten auffällt, ist, daß auch hier die Sattlerei vielfach von Juden ausgeübt wird, wie überhaupt viele Juden Handwerker sind. Wenn dem Straßburger Kollegen beim Anblick des Tragiemens mit dem Stempel der Firma Kanfen die Straßburger Kollegen sowie Bilder von Glüd und Frieden auftauchten, so ist es bei mir umgekehrt. Die meisten Ausrüstungsstücke, die ich auf den Schlachtfeldern Ostpreussens sowie in Polen sah, hatten Stempel von Königsberger, polenischer und westpreussischer Firmen. Ich dachte dann an die vielen Kollegen, die diese Arbeit hergestellt haben und mit denen wir in der Tarifkommission keine Fühlung hatten, und ich legte mir die Frage vor: Lebten diese Kollegen so glücklich und in Frieden, daß sie keine Organisation gebrauchten? Vielleicht bringt auch hier der Krieg eine Wandlung, denn manchen hat die Kriegstrompete schon aus dem Schlaf gerüttelt, daß er jetzt viele Sachen mit anderen Augen sieht, als wie er sie sich früher vorgestellt hatte. Ich hatte eigentlich noch die Absicht, meine Ansicht betreffs des neuen Militärtaffellectariats zu erörtern, glaube jedoch, für heute genügend geschrieben zu haben und werde ich ein andermal darauf zu sprechen kommen. Es grüßt Euch sowie alle Kollegen herzlichst

Euer

Alwin Kallig.

Korrespondenzen.

Leipzig. (S. 2. 7.) „Verusfragen der Gegenwart“ laubte das Thema, das Kollege Busch in der Versammlung am 19. Juni behandelte. Er stellte fest, daß nunmehr eine gewisse Ruhe Platz gegriffen hat und für neue Arbeit das Angebot den Bedarf weit übertrifft. Da auch auf die Qualität der Arbeit großer Wert gelegt wird, schalten die berufsfremden Arbeiter nach und nach aus. Es werden nur Sattler eingestellt.

Kollege Busch erkannte an, daß die Militäreffekten- und Lederwarenfabrikanten den Reichstaxi einhalten, während die Unternehmer der Frühlingsbetriebe, hauptsächlich die der Konfektionsbranche, sich vielfach um den Tarif drücken. Einige Unternehmer haben sogar ihre Arbeiter um den Lohn geprellt.

Die fortgesetzte steigenden Lebensmittelpreise bedingen auch eine Erhöhung der Arbeitslöhne in der Privatindustrie; eine Anzahl Unternehmer in Leipzig zählt einen Zuschlag von 25 Proz. Eine große Anzahl Kollegen steht bereits im Heeresdienst bzw. steht vor der Einberufung; es ist Pflicht der militärfreien Kollegen, sich an der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu beteiligen. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde

entstimmig beschließen, bei einem Wochenverdienst von 30 Mk. an einen Ertragsbeitrag von 50 Pf. zu erheben. Die Gelder werden zur Unterstützung der Angehörigen der im Felde stehenden Kollegen verwendet; es wird sich daher jeder Kollege verpflichtet fühlen, dem Betrag nachzukommen. Den Kriegsertrauen wurde eine Mietuntervermietung von 10 Mk. bewilligt. Ab 1. Juli werden alle Verbandsgeschäfte im Bureau, „Vollshaus“, Reiter Straße 32, Zimmer Nr. 8, erledigt. Die Kollegen werden ersucht, sich dorthin zu wenden.

Aus anderen Organisationen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband, die größte Gewerkschaft der Welt, hielt trotz des Krieges in der Woche vom 25. Juni bis 3. Juli seine 12. ordentliche Generalversammlung ab, um die Verantwortung über die vom Vorstand getroffenen Kriegsmassnahmen dem Reich der berechtigten Mitgliedervertretung zu unterbreiten. Die bei Beginn des Jahres 1914 tätige Wirtschaftskrise hatte dem Verbande im ersten Halbjahr einen Verlust von 12 943 Mitgliedern gebracht. Im 2. Halbjahr waren es 23 603 Mitglieder, wozu noch 185 081 zum Kriegsdienst einbezogen wurden. Zurzeit stehen mehr als 270 000 Mitglieder im Kriegsdienst. Für Unterstützungen wurden aus der Verbandskasse nahezu 13 Millionen Mark gezahlt. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresabschluss über 16 Millionen Mark. In der Diskussion über den Beschäftigungsbericht wurde die Wiedereinführung der Krankenunterstützung gefordert. Auch wurden die Unternehmer angeklagt, den Kriegsgewinnen für sich und zum Schaden der Arbeiter ausgenutzt zu haben. Die Haltung des Verbandsorgans wurde als besonderer Tagesordnungspunkt behandelt, wobei verschiedene Redner mit der Kassaführung nicht einverstanden waren, weil die „Metallarbeiterzeitung“ einseitig den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktionen vertritt. Mit Recht hob Redakteur Schern hervor, daß es Pflicht und praktische Notwendigkeit ist, auf dem Boden der gewerkschaftlichen Interessen die Politik der Fraktionen nicht zu unterstützen. Wenn er die Politik der anderen Seite als für die Gewerkschaftsinteressen fördernd halten könnte, dann würde er deren Standpunkt ebenso entschieden vertreten.

Die Aussprache endete mit der Annahme eines Antrages, wonach von der Schriftleitung des Verbandsorgans erwartet wird, daß sie in Zukunft dieser Aussprache möglichst Rechnung trägt und sich ganz besonders während des Krieges einer angemessenen Zurückhaltung befleißigt. Diese Zurückhaltung und Sachlichkeit erwartete die Generalversammlung auch auf das Bestimmteste in der Behandlung von inneren Parteistreitigkeiten. Der Vorstand wurde beauftragt, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken. Sollte die Generalkommission sich ablehnend verhalten, so soll dem Verbandsorgan alle 14 Tage eine Frauenbeilage beigelegt werden. Mit 107 gegen 48 Stimmen wurde beschlossen, spätestens am 1. Juli 1916 einen Staffelleiter einzuführen, und zwar 70 Pf. die Woche für erwachsene männliche Mitglieder mit einem Wochenverdienst von über 24 Mk., 50 Pf. unter gewissen Voraussetzungen ebenfalls für erwachsene männliche und weibliche Mitglieder und 30 Pf. für weibliche Mitglieder, Jugendliche und Lehrlinge. Bezüglich der Unterstützungsleistungen wurde beschlossen, im Krankheitsfall ab 1. August 1915 nach 14-tägiger Karenzzeit die Hälfte der bisherigen Sätze auf die Dauer von 20 Wochen zu zahlen. Im Falle der Arbeitslosigkeit nach beendetem Kriegsdienst erhalten ausgesetzte und noch nicht bezugsberechtigte Mitglieder, die sich fahrigemäßig wieder anmelden, innerhalb sechs Wochen nach ihrer Entlassung eine Unterstützung auf die Dauer von 4 Wochen. Nach einem Referate des Verbandsvorsitzenden Schlade über die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher die Generalversammlung die Erwartung ausspricht, daß den Kriegsteilnehmern bei der voraussetzlichen Arbeitslosigkeit nach Beendigung des Krieges, als eine Pflicht und Akt der Anerkennung, eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung gewährt wird. Von den Gemeinden wird erwartet, daß sie die Arbeitslosenfürsorge so lange beibehalten, bis eine Arbeitslosenversicherung auf reichsgesetzlicher Grundlage durchgeführt ist. Ferner wurde beschlossen, sich an den Bundesrat zu wenden mit dem Ersuchen, die Schutzbestimmungen für Frauen und Kinder wieder in Kraft zu setzen. Der zum nächsten Jahre in Wien angedachte internationale Metallarbeiterkongress soll beschickt werden und wurden dazu zehn Delegierte gewählt. Die bisherige Verbandsleitung wurde wiedergewählt.

Der Fabrikarbeiterverband blüht in diesen Tagen auf sein 25jähriges Bestehen zurück. Die Zeit der Gründung fällt in die letzte Ära des Sozialistengesetzes. Wie so viele andere Organisationen, so hatten auch die Fabrikarbeiter zuerst einen harten Kampf um die Organisationsform. In der

Frage, ob lokale Organisation oder straffe Zentralisation, siegte aber der letzte Gedanke. Am 29. Juni 1890 wurde auf einem Kongress aller nichtgewerkschaftlichen Arbeiter zu Hannover die Gründung des Verbandes vorgenommen. Die ersten Jahre seines Bestehens hatte der Verband mit allerlei Schwierigkeiten zu rechnen. Nicht nur daß die Agitation unter allerlei Grenzstreitigkeiten und unter dem Mangel an Mitteln sehr litt, machten auch die Behörden dem Verband nicht wenig zu schaffen. Nach zweijährigem Bestehen zählte der Verband erst 2500 Mitglieder mit einem Vermögen von etwas über 2000 Mk. Trotzdem ließ die Leitung den Mut nicht sinken. Unter der Führung seines Vorsitzenden, Genossen A. Frey, der zugleich in diesen Tagen sein 25jähriges Jubiläum als Verbandsvorsitzender feiern kann, hat der Verband alle Hindernisse überwunden und sich zu einer kraftvollen Organisation entwickelt, welche den Fabrikarbeitern ein Wort im Kampfe um bessere Lebensbedingungen ist. Dies wird am besten bewiesen durch die erzielten Erfolge des Verbandes auf dem Gebiet der Lohnbewegungen, sowie durch den Stand der Mitgliederzahl und die Massenverhältnisse. Am Schlusse des Jahres 1914 bestanden 437 Tarifverträge, welche für 39 991 Beschäftigte Geltung hatten. In den letzten 5 Jahren wurden 2603 Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen geführt. In Betracht kamen dabei 4841 Betriebe mit 260 997 Beschäftigten. Der materielle und finanzielle Erfolg beträgt dabei für ein Jahr rund 3 Millionen Stunden Arbeitszeitverlängerung und auch 15 Millionen Mark Lohnerhöhung. Fast drei Viertel aller Lohnbewegungen wurden ohne Kampf erledigt. Die Mitgliederzahl wuchs zu Anfang trotz des geringen Beitrages nicht recht in die Höhe gehen. Erst im Jahre 1898 überschritt die Einnahme die Zahl 100 000 in Mark zum erstenmal. Dann trat an Stelle des wöchentlichen 10-Pf.-Beitrages für männliche Arbeiter ein Beitrag von 15 Pf. Schon im nächsten Jahre hatten sich Einnahme und Massenbestand verdoppelt. Letzterer betrug nun 74 161 Mk. Von nun an geht die Entwicklung zusehends vorwärts. Am Jahresabschluss 1914 schloß die Rechnung mit einem Massenbestand von 3 394 808 Mk. Die Mitgliederzahl betrug bei Kriegsausbruch 207 710, hat sich aber infolge des Krieges erheblich verringert.

Wir wünschen dem Jubiläum auch weiterhin erfolgreiches Arbeiten und ein neues Aufblühen nach Beendigung des Weltkrieges.

Bis Jahreschluss verlor der Verband der Mater nicht weniger als 14 685 Mitglieder durch Einberufung zum Kriegsdienst; nicht gerechnet jene, die in der Aufregung der ersten Kriegswochen ihre regelrechte Abmeldung unterließen. Weiter wirkte das starke Abwandern vieler Berufsangehörigen in die mit Militärlieferungen bedachten Gewerbe auf ihn sehr nachteilig. Er besah am Schlusse des Jahres 1914 noch 22 610 Mitglieder, wobei jedoch zu beachten ist, daß in dieser Zeit der Malerberuf alljährlich seine schlechteste Saison hat. Die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt betrug 34 928 gegen 47 511 im Jahre 1913. Von den zum Militär einberufenen Mitgliedern mußten schon vor Monaten über 500 im Organ des Verbandes als gefallen registriert werden.

Die Einnahmen betragen 1 219 447 Mk., die Ausgaben 1 172 136 Mk., das Vermögen der Hauptkasse 608 500 Mk., das Gesamtvermögen 729 474 Mk. gegenüber 720 117 Mk. am Schlusse des Jahres 1913. Danach haben die Kriegsfolgen der finanziellen Stärke des Verbandes nichts anhaben können und zwar, trotzdem er sein Statut zugunsten besonderer Kriegsmassnahmen ganz erheblich erweiterte. Es wurden ausgegeben: 175 102 Mk. besonders, nicht im Statut vorgesehene Arbeitslosenunterstützung und 57 648 Mk. Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer. Bis Kriegsausbruch wurden ferner gezahlt an kranke Mitglieder 338 240 Mk., für Reiseunterstützung 4845 Mk., Sterbeunterstützung 29 010 Mk., an Gemahlsgehalte 5342 Mk. und für Rechtschutz 4385 Mk.

Aufwand und Intensität der durchgeführten Lohnbewegungen reichen natürlich nicht entfernt an den Kraflaufwand heran, den die große Aussperrung im Jahre 1913 erforderte. Es wurden geführt 30 Lohnbewegungen ohne Kampf für 638 Betriebe mit 1860 Beschäftigten und 44 Lohnbewegungen für 144 Betriebe und 1081 Beschäftigte mit Kampf. Unter diesen waren 18 Angriffskämpfe, 8 Abwehrkämpfe und 3 Aussperrungen. Die Lohnbewegungen erforderten eine Ausgabe von 66 751 Mk. gegenüber 2 268 976 Mk. im Jahre 1913. Erreicht wurde dadurch im Berichtsjahre für 1032 Gehilfen 2451 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 2415 Gehilfen 4170,70 Mark Lohnerhöhung pro Woche. Abgewehrt wurde für 222 Gehilfen für die Woche 489 Mk. Lohnberabsetzung und für 62 Gehilfen eine Arbeitszeitverlängerung. Einen großen Anteil an den Lohnbewegungen hatten die Lederer. Besonders hervorzuheben ist der Kampf in den Hinte-Hofmann-Werken in Breslau, ferner einige lokale Differenzen in Rhein-

land-Betrieben zur Einführung des dort von den Unternehmern immer noch beklüppelten Reichstarifvertrages.

Das Tarifverhältnis mit dem Arbeitgeberverband hat sich seit der letzten großen Lohnbewegung wesentlich gebessert, denn die vielen oft um die kleinsten Details geführten Tarifstreitigkeiten während der ersten Reichstariifperiode, die von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe unter den Unternehmern herbeigeführt wurden, sind in der jetzigen Tarifperiode außerordentlich zurückgegangen. Dazu haben nicht allein das nach und nach gezeichnete Verhältnis und gewisse Erfahrungen, sondern auch die beim letzten Tarifabschluss geschlossene Vereinfachung des Tarifwesens für Tarifstreitigkeiten beigetragen. Auch während des Krieges war das Verhältnis zu den Unternehmerorganisationen zufriedenstellend. Im Malergerwebe trat man mit zuerst Maßnahmen, die später in der Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe auf breiterer Grundlage fortgesetzt wurden. — Lohnstarke wurden im Vorjahre 34 für 790 Betriebe mit 2267 Beschäftigten (darunter 1436 Mitglieder des Malerverbandes) abgeschlossen. Dabei handelte es sich um 12 Neuausschlüsse und 22 Erneuerungen. 30 Tarife wurden friedlich, darunter 7 auf Grund des Reichstariifvertrages vereinbart. Es bestanden am Schlusse des Jahres unter Einräumung der örtlichen Tarife innerhalb des Reichstariifvertrages 362 Tarife für 15 800 Betriebe mit 55 620 Berufsangehörigen; von letzteren waren 39 526 organisiert.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die Ortsverwaltung Braunschweig leht es ab, die ihnen zugehenden Broschüren „Sozialdemokratie und Landesverteidigung“ an die Ortsverwaltungsmitglieder und Werkstattdarstellungsleute zu verteilen. Da wir annehmen, die Funktionäre unseres Verbandes in Braunschweig haben dasjelbe Interesse an ihnen zugebacht Broschüren wie die Kollegen an anderen Orten, so stellen wir ihnen anheim, sich die Broschüren von dem Bevollmächtigten, Kollegen Galt, einzufordern.

Der am 2. Februar 1882 in Braunschweig geborene Sattler Julius Brauholz, zuletzt in Hildesheim, jetzt angeblich in Straßburg anässig, wird ersucht, sofort seine Adresse an den Zentralvorstand einzufenden. Kollegen, die den jetzigen Aufenthalt des Söldholz kennen, werden gebeten, dem Verbandsvorstand davon Mitteilung zu machen. Wir bitten um Angabe des jetzigen Aufenthalts des Portefeuilliers Georg Henge aus Nieber, Kreis Offenbach, bis zum Kriegsausbruch in Paris anässig.

Adressenänderungen.

Oagen. B. Frieder. Thomien, Herdecke, Wetterstr. 33. K. Wilhelm Zerweck, Wücherstraße 10 111. Karlsruhe. B. Karl Krause, Radnerstr. 22.

Sterbetafel.

Vielefeld. An Lungenleiden verschied am 24. Juni unser Mitglied Karl Nothe im Alter von 24 Jahren. Ehre seinem Andenken.

Zentral-Brankenkasse der Sattler, Portefeuille und Berufsgeossen Deutschlands, V. a. G. (früher E. G. Nr. 64) zu Berlin.

Sonnabend, den 17. Juli, abends 9 Uhr Quartals-Versammlung bei Weihnacht, Grünstr. 21.

Sattler

auf Militärarbeit können sofort eintreten
Landauer Militärrüstungsfabrik
Landau, Pfalz.

Tüchtige Sattler

für Militärarbeit bei hohem Verdienst und dauernder Beschäftigung sucht sofort

Jos. Hochstein, Herdecke

Arbeit für Militärrüstungen.
Fabrikgelegenheit morgens, mittags und abends nach Herdecke von Dortmund, Herde, Witten und Oagen günstig gelegen.